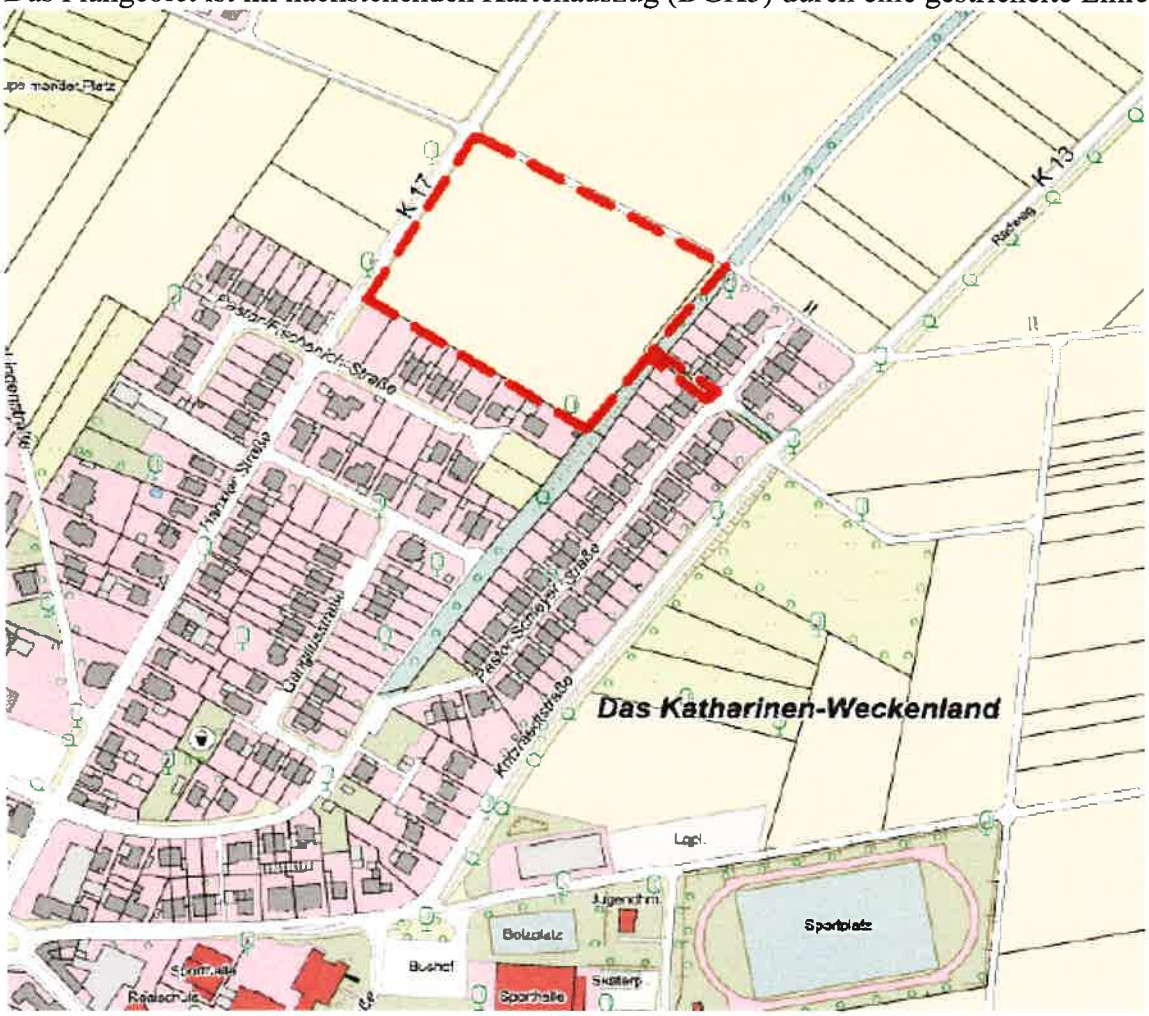
Nr. 2019-10-01

# Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Gangelt

**Erneute Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 76 „Am Vintelner Weg“ in Gangelt im Verfahren nach § 13b BauGB;**
**hier: Erneuter Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 76 „Am Vintelner Weg“ gemäß § 4 a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634)**

Der Rat der Gemeinde Gangelt hat in seiner Sitzung am 10.10.2019 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 76 und die dazugehörige Begründung gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung erneut öffentlich auszulegen sowie die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung mussten die Planunterlagen nochmals angepasst werden. Die Änderungen betreffen die zeichnerisch im Bebauungsplan festgesetzten „Maßgeblichen Außenlärmpegelbereiche“ sowie die diesbezüglichen, textlichen Festsetzungen 6.1 und 6.2.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Kartenauszug (DGK5) durch eine gestrichelte Linie gekennzeichnet.




Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 76 nebst Begründung liegt vom
**25.10.2019 bis einschließlich 25.11.2019** während der allgemeinen Dienststunden

| | | |
|---|---|---|
| montags bis freitags | von | 08.15 Uhr bis 12.30 Uhr |
| dienstags | von | 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr |
| donnerstags | von | 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr |

im Rathaus der Gemeinde Gangelt, 52538 Gangelt, Burgstr. 10, Zimmer-Nr.: 201/202, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Bauleitplänen schriftlich, zur Niederschrift, per E-Mail (info@gangelt.de) oder im Internet über www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die Bauleitpläne unberücksichtigt bleiben.

Gemäß § 4 a Abs. 4 Satz 1 BauGB stehen während der erneuten öffentlichen Auslegung der Inhalt dieser öffentlichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen ebenfalls auf der Internetseite der Gemeinde Gangelt unter www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen zum Download bereit. Zusätzlich sind die eingestellten Unterlagen zu dem Bauleitplanverfahren in einem zentralen Portal des Landes unter der Internetseite www.uvp.nrw.de zugänglich.

**Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 4 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

**Erklärung**

Der erneute Auslegungsbeschluss zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 76 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

**Hinweise**

1. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666), in der zurzeit geltenden Fassung, kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Nr. 2019-10-01**

**Übereinstimmungsbestätigung/ Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

Der Wortlaut der Bekanntmachung des erneuten Auslegungsbeschlusses zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 76 stimmt mit dem Ratsbeschluss vom 10.10.2019 überein.
Es wurde nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren.
Die Bekanntmachung wird hiermit angeordnet.

Gangelt, 11.10.2019
Tholen
Bürgermeister

| | |
|---|---|
| **Standort** | |
| **Datum Aushang** | 17.10.2019 |
| **Datum Abnahme** | |

**Nr. 2019-10-02**

# Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Gangelt

**Erneute Auslegung der 59. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 77 „Wohngebiet Gangelt-Nord/VI“ in Gangelt im Parallelverfahren;**

**hier:**

1. **Erneuter Auslegungsbeschluss für die 59. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 4 a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634)**
2. **Erneuter Auslegungsbeschluss für den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 77 „Wohngebiet Gangelt-Nord/VI“ gemäß § 4 a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634)**

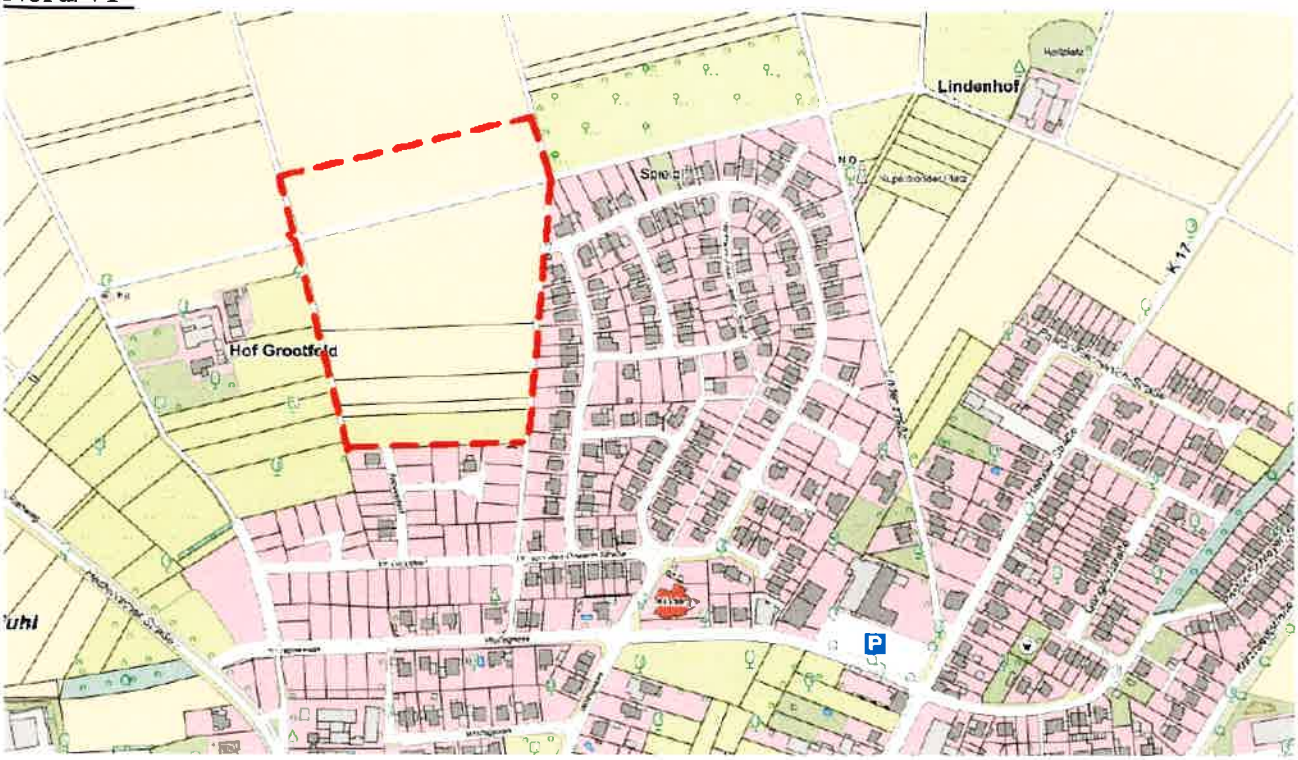
**Zu 1.:**Der Rat der Gemeinde Gangelt hat in seiner Sitzung am 10.10.2019 den Entwurf der 59. Flächennutzungsplanänderung und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung nebst Begründung mit Umweltbericht gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen sowie die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der erneuten Auslegung zu benachrichtigen.

**Zu 2.:** Der Rat der Gemeinde Gangelt hat in seiner Sitzung am 10.10.2019 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 77 „Wohngebiet Gangelt-Nord/VI“ und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung mit Umweltbericht gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen sowie die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Während der ersten öffentlichen Auslegung wurde festgestellt, dass die nördlich gelegene Ausgleichsfläche in der Planzeichnung zur Flächennutzungsplanänderung nicht dargestellt war. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll die Fläche entsprechend dargestellt und daher die erneute öffentliche Auslegung durchgeführt werden.

Der Geltungsbereich der beiden Bauleitpläne ergibt sich aus dem nachstehenden Kartenauszug (DGK5).

**59. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan Nr. 77 „Wohngebiet Gangelt-Nord/VI“**




Die Entwürfe der 59. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 77 nebst Begründung mit Umweltbericht und den nach der Einschätzung der Gemeinde Gangelt wesentlichen, bislang vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, liegen vom

**25.10.2019 bis einschließlich 25.11.2019**

während der allgemeinen Dienststunden

| | | |
|---|---|---|
| montags bis freitags | von | 08.15 Uhr bis 12.30 Uhr |
| dienstags | von | 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr |
| donnerstags | von | 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr |

im Rathaus der Gemeinde Gangelt, 52538 Gangelt, Burgstr. 10, Zimmer-Nr.: 201/202, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Bauleitplänen schriftlich, zur Niederschrift, per E-Mail (info@gangelt.de) oder im Internet über www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die Bauleitpläne unberücksichtigt bleiben.

Gemäß § 4 a Abs. 4 Satz 1 BauGB stehen während der öffentlichen Auslegung der Inhalt dieser öffentlichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen ebenfalls auf der Internetseite der Gemeinde Gangelt unter www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen zum Download bereit.

Zusätzlich sind die eingestellten Unterlagen zu dem Bauleitplanverfahren in einem zentralen Portal des Landes unter der Internetseite www.uvp.nrw.de zugänglich.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 3 BauGB eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Zu den beiden Bauleitplänen wurde gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Umweltbericht dargelegt. Der Umweltbericht ist ein eigenständiger Bestandteil der Begründung. Für den Eingriff in Natur und Landschaft ist ein entsprechender ökologischer Ausgleich zu erbringen. Das nach Umsetzung der Planung bestehende ökologische Defizit wird über bereits durchgeführte Kompensationsmaßnahmen der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft im Kompensationsraum K 02 „Niederrheinisches Tiefland und Kölner Bucht“ abgegolten.

**Gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und ebenfalls öffentlich ausgelegt werden:**

**Im Rahmen des Umweltberichtes zur Flächennutzungsplanänderung**

**Schutzgut Mensch**
Immissionsbelastungen durch angrenzendes Gewerbegebiet, Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und bestehenden Biogasanlage, Verkehrslärm, Naherholungswert
**Schutzgut Landschaftsbild**
Arrondierung des bestehenden Siedlungsbereiches
**Schutzgut Tiere und Pflanzen**
Beschreibung von Maßnahmen in Bezug auf die Artenschutzbelange (Vorkommen u.a. von Kiebitz, Feldlerche, Wachtel, Rebhuhn)
**Schutzgut Boden**
Schutzwürdigkeit in Bezug auf Bodenfruchtbarkeit, Vorbelastung durch die landwirtschaftliche Nutzung,
**Schutzgut Wasser**
Grundwasserabsenkungen, Niederschlagswasserversickerung, Schutz des Grundwassers
**Schutzgüter Luft und Klima**
Gewerbliche Vorbelastung der Luftverhältnisse, Belastung durch Bearbeitung angrenzender landwirtschaftlicher Flächen, Bisher ist die Fläche als Kaltluftentstehungsgebiet anzusehen, Erwärmung durch Versiegelung der Flächen
**Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**
Keine Hinweise auf Bau-/Bodendenkmäler und Sachgüter
**Schutzgut Fläche**
Folgewirkung durch die Inanspruchnahme von Flächen

**Gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und ebenfalls öffentlich ausgelegt werden:**

**Im Rahmen des Umweltberichtes zur 59. Flächennutzungsplanänderung:**

**Schutzgut Mensch**
Mögliche Immissionsbelastungen durch angrenzende landwirtschaftliche Flächen
**Schutzgut Landschaftsbild**
Arrondierung des bestehenden Siedlungsbereiches
**Schutzgut Tiere und Pflanzen**
Beschreibung von Maßnahmen in Bezug auf die Artenschutzbelange
**Schutzgut Boden**

Schutzwürdigkeit in Bezug auf Bodenfruchtbarkeit, Versiegelung, Erdbebengefährdung
**Schutzgut Wasser**
Grundwasserabsenkungen, Niederschlagswasserversickerung, Schutz des Grundwassers
**Schutzgüter Luft und Klima**
Belastung durch Bearbeitung angrenzender landwirtschaftlicher Flächen,
Erwärmung durch Versiegelung der Flächen
**Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**
Keine Hinweise auf Bau-/Bodendenkmäler, Beeinträchtigung des Sachgutes landwirtschaftliche Fläche
**Schutzgut Fläche**
Folgewirkung durch die Inanspruchnahme von Flächen

**Im Rahmen des Umweltberichtes und landschaftspflegerischen Begleitplanes zum Bebauungsplan Nr. 77:**

**Schutzgut Mensch**
Mögliche Immissionsbelastungen durch angrenzende landwirtschaftliche Flächen
Immissionsschutz in Bezug auf die Errichtung und den Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen u.a.
**Schutzgut Landschaftsbild**
Beschränkung der Gebäudehöhe, maximal zulässige Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl
**Schutzgut Tiere und Pflanzen**
Beschreibung von Maßnahmen in Bezug auf die Artenschutzbelange
**Schutzgut Boden**
Begrenzung der Flächeninanspruchnahme, Schutz von angepflanzten Bereichen, Wiederherstellung benutzter Flächen, Lagerung von Oberboden, Abtragung von Unterboden
**Schutzgut Wasser**
Grundwasserabsenkungen, Niederschlagswasserversickerung, Schutz des Grundwassers
**Schutzgüter Luft und Klima**
Belastung durch Bearbeitung angrenzender landwirtschaftlicher Flächen,
Erwärmung durch Versiegelung der Flächen
**Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**
Keine Hinweise auf Bau-/Bodendenkmäler, Beeinträchtigung des Sachgutes landwirtschaftliche Fläche
**Schutzgut Fläche**
Folgewirkung durch die Inanspruchnahme von Flächen

**Stellungnahmen von Fachbehörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie aus der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB liegen zu folgenden Themengebieten vor.**

**Die 59. Flächennutzungsplanänderung betreffend:**

Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6, mit Schreiben vom 08.05.2019: Grundwasserabsenkungen aufgrund Bergbau, Sümpfungsmaßnahmen

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 02.05.2019 und 23.07.2019: Lage in einer Lärmschutzzone der Stufe 1

Geologischer Dienst NRW mit Schreiben vom 29.05.2019 und 29.08.2019:
Hinweis auf Baugrunderkundung und Erdbebengefährdung, Umgang mit dem Schutzgut Boden, Kompensation von Eingriffen

Landschaftsverband Rheinland, Amt für Liegenschaften mit Schreiben vom 28.05.2019: Erhalt von Kultur und Sachgütern

Kreis Heinsberg, Gesundheitsamt mit Schreiben vom 24.05.2019:
Einhaltung der Immissionswerte für Lärm und Luft, Fortschreibung von Gutachten

**Den Bebauungsplan Nr. 77 betreffend:**

Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6, mit Schreiben vom 08.05.2019: Grundwasserabsenkungen aufgrund Bergbau, Sümpfungsmaßnahmen

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 02.05.2019: Lage in einer Lärmschutzzone der Stufe 1, Hinweis auf Emissionen wie Fluglärm

Kreis Heinsberg, Untere Immissionsschutzbehörde mit Schreiben vom 24.05.2019:
Geräuschimmissionen durch Betrieb von Klima- und Kühlanlagen, Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen

Kreis Heinsberg, Untere Naturschutzbehörde mit Schreiben vom 24.05.2019:
Bewertung des ökologischen Eingriffs, Kompensationsmaßnahmen, Artenschutzprüfung

Geologischer Dienst NRW mit Schreiben vom 29.05.2019:
Hinweis auf Baugrunderkundung und Erdbebengefährdung, Umgang mit dem Schutzgut Boden, Kompensation von Eingriffen

Landwirtschaftskammer NRW mit Schreiben vom 27.05.2019 und 09.08.2019:
Hinweis auf Kompensationsmaßnahmen für die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Landesbetrieb Straßenbau NRW mit Schreiben vom 15.05.2019:
Auskünfte zu möglichen Verkehrsemissionen

**Darüber hinaus liegt das noch folgende Gutachten vor:**

Artenschutzgutachten vom Sachverständigenbüro D. Liebert, Dorfstraße 79, 52477 Alsdorf

**Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 4 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

**Erklärung**

Der erneute Auslegungsbeschluss zum Entwurf der 59. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 77 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

**Hinweise**

1. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666), in der zurzeit geltenden Fassung, kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Übereinstimmungsbestätigung/ Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

Der Wortlaut der Bekanntmachung des erneuten Auslegungsbeschlusses zum Entwurf der 59. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 77 stimmt mit dem Ratsbeschluss vom 10.10.2019 überein. Es wurde nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren. Die Bekanntmachung wird hiermit angeordnet.

Gangelt, 11.10.2019
Tholen
Bürgermeister

| | |
|---|---|
| **Standort** | |
| **Datum Aushang** | 17.10.2019 |
| **Datum Abnahme** | |

**Nr. 2019-10-03**

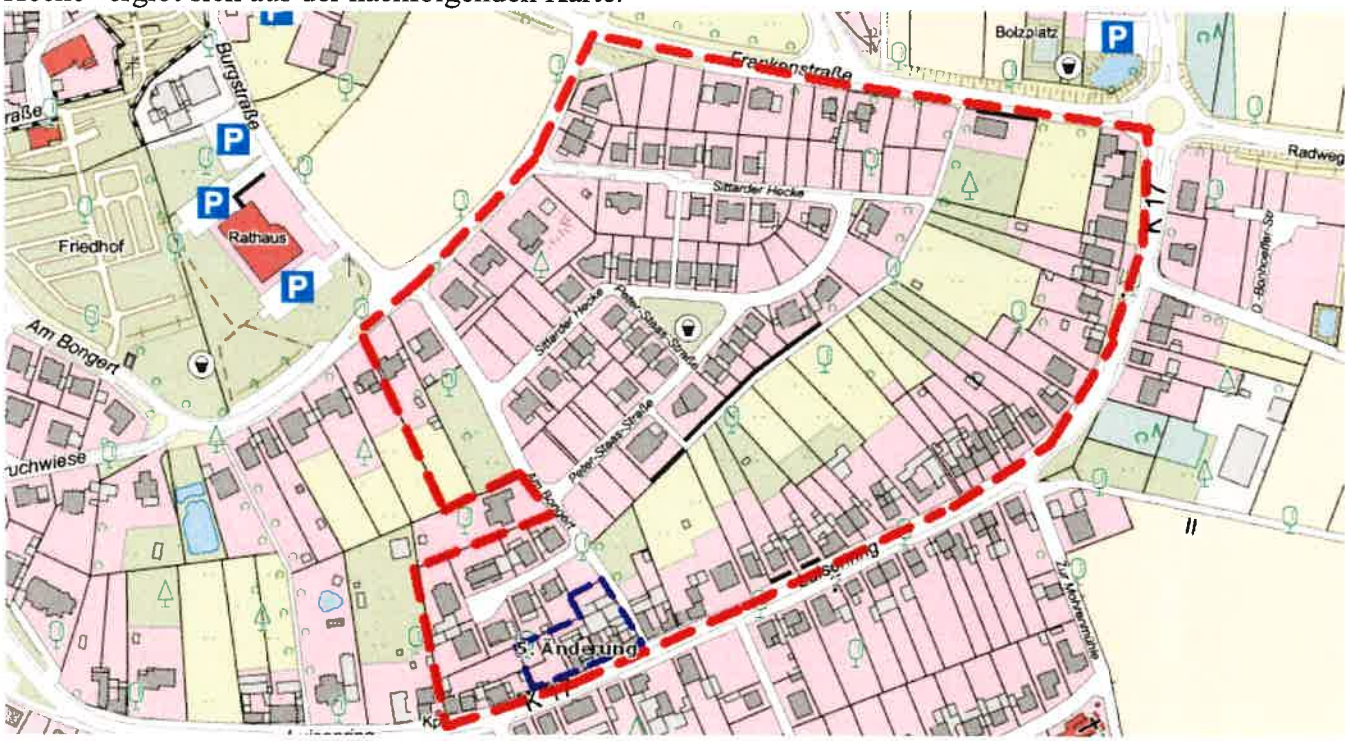
# Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Gangelt

**Inkrafttreten der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ in Gangelt gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634)**

Der Rat der Gemeinde Gangelt hat in seiner Sitzung am 10.10.2019 die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ mit dazugehöriger Planzeichnung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ wurde gebilligt.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden die Baugrenzen auf den Flächen Gemarkung Gangelt, Flur 48, Flurstücke 24, 357, 358, 436 und einen Teil des Flurstücks 384 so verschoben, dass sie einen rückwärtigen Abstand von 3,0 m zu den Grundstücksgrenzen einhalten. Hierdurch wird die Bebaubarkeit auf ein dem realen Bebauungszusammenhang entsprechendes Maß erhöht. Abstandsflächen von 3,0 m entsprechen dem Mindestmaß der Bauordnung NRW, unter dessen Berücksichtigung eine Beeinträchtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse regelmäßig nicht zu erwarten ist. Im Zuge der Baugrenzenerweiterung werden außerdem die GRZ- und die GFZ-Werte erhöht. Die geplanten Festsetzungen orientieren sich an der tatsächlich vorhandenen Bebauungsdichte entlang des Luisenrings, welche eher mit einem Mischgebiet als mit einem Allgemeinen Wohngebiet verglichen werden kann. Eine GRZ von 0,6 und eine GFZ von 1,2 entsprechen eher der real vorhandenen Bebauungsdichte.

Der räumliche Geltungsbereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ ergibt sich aus der nachfolgenden Karte.




Die Bekanntmachung erfolgt gemäß § 233 Abs. 1 i.V. m. § 10 Abs. 3 BauGB in der zurzeit gültigen Fassung. Der Bebauungsplan einschließlich Begründung und zusammenfassender Erklärung liegt ab sofort im Rathaus der Gemeinde Gangelt, 52538 Gangelt, Burgstraße 10, Zimmer-Nr.: 201/202, während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

| | | | |
|---|---|---|---|
| **montags bis freitags von** | **8 15** | **-** | **12 30 Uhr** |
| **dienstags von** | **14 00** | **-** | **16 00 Uhr** |
| **donnerstags von** | **14 00** | **-** | **17 30 Uhr** |

zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 in Kraft. Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Hinsichtlich der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche hingewiesen.

**Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 4 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516), in der zurzeit geltenden Fassung**

**Erklärung**

Der Satzungsbeschluss zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

**Hinweise**

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666) in der zurzeit geltenden Fassung, kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Nr. 2019-10-03**

**Übereinstimmungsbestätigung/ Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516), in der zurzeit geltenden Fassung**

Der Wortlaut der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „An der Sittarder Hecke“ stimmt mit dem Ratsbeschluss vom 10.10.2019 überein. Es wurde nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren. Die Bekanntmachung wird hiermit angeordnet.

Gangelt, 11.10.2019
Tholen
Bürgermeister

| | |
|---|---|
| **Standort** | |
| **Datum Aushang** | 17.10.2019 |
| **Datum Abnahme** | |

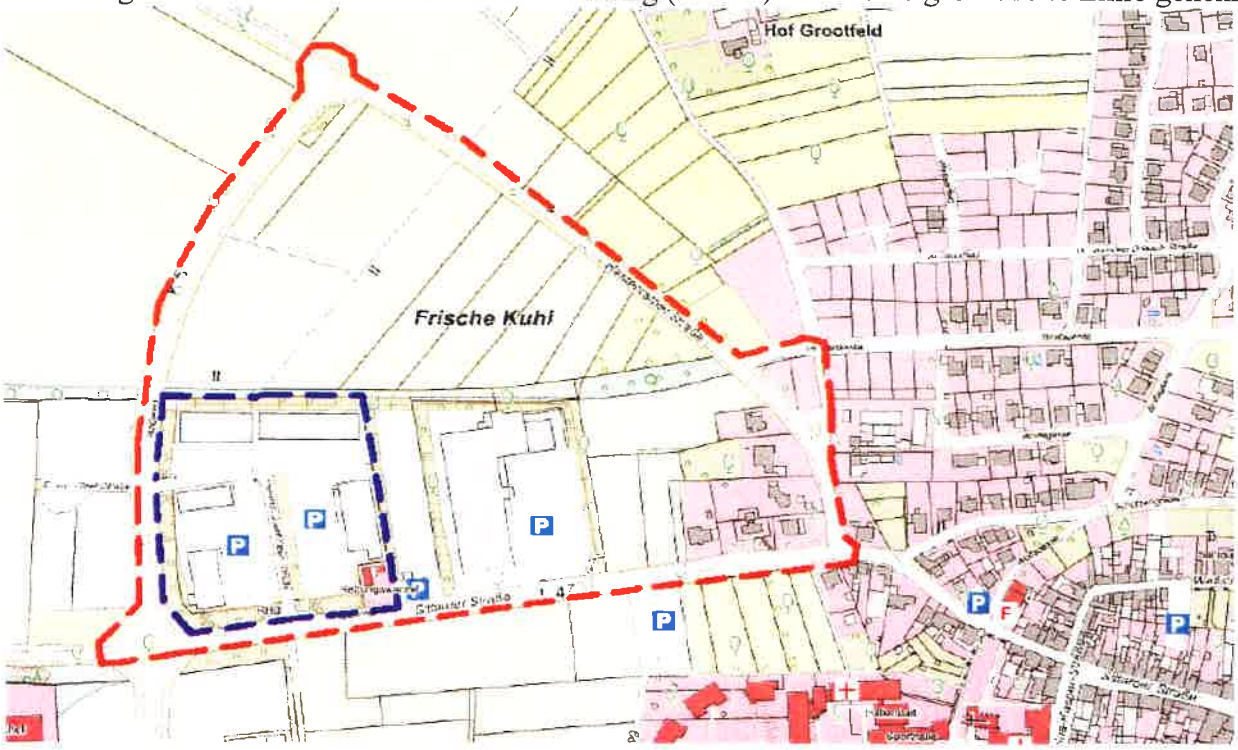
Nr. 2019-10-04

# Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Gangelt

**Auslegung der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Bereich Sittarder Straße, Hastenrather Straße und geplante Ortsumgehung“ in Gangelt**
**hier: Auslegungsbeschluss für die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Bereich Sittarder Straße, Hastenrather Straße und geplante Ortsumgehung“ gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634)**

Der Rat der Gemeinde Gangelt hat in seiner Sitzung am 10.10.2019 den Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes nebst Begründung mit Umweltbericht öffentlich auszulegen sowie die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Kartenauszug (DGK5) durch eine gestrichelte Linie gekennzeichnet.




Der Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 nebst Begründung mit Umweltbericht liegt vom **29.10.2019 bis einschließlich 29.11.2019** während der allgemeinen Dienststunden

| | | |
|---|---|---|
| montags bis freitags | von | 08.15 Uhr bis 12.30 Uhr |
| dienstags | von | 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr |
| donnerstags | von | 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr |

im Rathaus der Gemeinde Gangelt, 52538 Gangelt, Burgstr. 10, Zimmer-Nr.: 201/202, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Bauleitplänen schriftlich, zur Niederschrift, per E-Mail (info@gangelt.de) oder im Internet über www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die Bauleitpläne unberücksichtigt bleiben.

Gemäß § 4 a Abs. 4 Satz 1 BauGB stehen während der öffentlichen Auslegung der Inhalt dieser öffentlichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen ebenfalls auf der Internetseite der Gemeinde Gangelt unter www.gangelt.de > Bauleitplanung > Aktuelle Beteiligungen zum Download bereit.

Zusätzlich sind die eingestellten Unterlagen zu dem Bauleitplanverfahren in einem zentralen Portal des Landes unter der Internetseite www.uvp.nrw.de zugänglich.

Zu dem Bauleitplan wurde gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Umweltbericht dargelegt. Der Umweltbericht ist ein eigenständiger Bestandteil der Begründung.

**Gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und ebenfalls öffentlich ausgelegt werden:**

**Im Rahmen des Umweltberichtes zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39**

**Gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und ebenfalls öffentlich ausgelegt werden:**

**Im Rahmen des Umweltberichtes zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39**

-Schutzgut Mensch: Informationen zu möglichen Immissionen
-Schutzgut Pflanzen und Tiere, biologische Vielfalt: Lebensraumbetrachtung
-Schutzgut Boden und Fläche: Informationen zu möglicher Mehrversiegelung
-Schutzgut Wasser: Informationen zur Beseitigung von Schmutzwasser
-Schutzgut Klima und Luft: Auswirkungsbetrachtung durch Flächenversiegelung
-Schutzgut Landschaft: Erweiterungsmöglichkeiten
-Schutzgut Kultur- und Sachgüter: Umgang mit möglichen Bodendenkmälern
-Wechselwirkungen: Informationen zu sekundären Effekten und Summationswirkungen
-Weitere Belange des Umweltschutzes: Informationen zu Emissionen, Abfallentsorgung, Entwässerung, Schadstoffe, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung, erneuerbare Energien und Luftqualität

**Stellungnahmen von Fachbehörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB liegen zu folgenden Themengebieten vor.**

LVR Amt für Bodendenkmalpflege mit Schreiben vom 09.08.2019: Umgang mit Bodendenkmälern

**Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 4 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

**Erklärung**
Der Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

**Hinweise**
1. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666), in der zurzeit geltenden Fassung, kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

**Übereinstimmungsbestätigung/ Bekanntmachungsanordnung gemäß § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW) vom 26.08.1999 (GV.NRW.S.516) in der zurzeit geltenden Fassung**

Der Wortlaut der Bekanntmachung des Auslegungsbeschlusses zum Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 39 stimmt mit dem Ratsbeschluss vom 10.10.2019 überein.
Es wurde nach den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren.
Die Bekanntmachung wird hiermit angeordnet.

Gangelt, 11.10.2019
Tholen
Bürgermeister

| | |
|---|---|
| **Standort** | |
| **Datum Aushang** | 17.10.2019 |
| **Datum Abnahme** | |

**Nr. 05_Oktober_2019**

**Hinweisbekanntmachung der Gemeinde Gangelt**
**gem. § 6 Absatz 1 der Bekanntmachungsverordnung**
**in Verbindung**
**mit § 15 Absatz 1 der Hauptsatzung der Gemeinde Gangelt**

Folgende öffentliche Bekanntmachung wurde auf der Internetseite der Gemeinde Gangelt, www.gangelt.de, vollzogen:

| Nr. der Bekanntmachung | Inhalt | Bereitstellungstag Internet |
|---|---|---|
| 2019-10-06 | Bekanntmachung der 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Jahre 2019 | 31.10.2019 |
| 2019-10-07 | Bekanntmachung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gemeinde Gangelt sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters | 31.10.2019 |
| 2019-10-08 | Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Gangelt für das Jahr 2020 | 31.10.2019 |
| 2019-10-09 | Bekanntmachung der 17. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Gangelt | 31.10.2019 |
| 2019-10-10 | Bekanntmachung der 10. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung mit Winterdienst) der Gemeinde Gangelt | 31.10.2019 |

Die Bekanntmachungen können auch bei der Gemeindeverwaltung digital eingesehen oder während der üblichen Öffnungszeiten abgeholt werden:

Gangelt, den 30. Oktober 2019
Gemeinde Gangelt
Der Bürgermeister
In Vertretung:

Dahlmanns

| | |
|---|---|
| **Standort** | |
| **Datum Aushang** | 31.10.2019 |
| **Datum Abnahme** | |

# 2. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Jahre 2019

Aufgrund des § 6 Absätze 1 und 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2013 (GV. NRW. S. 208) und der §§ 25 ff. des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528/SGV. NRW. 2060), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 08. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 765, ber. S. 793), sowie § 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), in der z. Zt. gültigen Fassung, wird von der Gemeinde Gangelt als örtlicher Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Gemeinde Gangelt vom 10. Oktober 2019 folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

## § 1

1. Anlässlich der Veranstaltung des DRK-Kristallisationspunktes gegen Armut durch Integration in Birgden dürfen im Ortsteil Birgden die Verkaufsstellen in den nachfolgend genannten Straßen am Sonntag, dem 27. Oktober 2019, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr für den Verkauf geöffnet sein:

   - Großer Pley,
   - Bahnhofstraße,
   - Kreuzstraße.

2. Anlässlich des Nikolausmarktes dürfen die Verkaufsstellen, im Bereich Katharina-Kasper-Straße, Bruchstraße, Sittarder Straße und Heinsberger Straße am 01. Dezember 2019 in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr für den Verkauf geöffnet sein.

.

## § 2

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält.

Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 5000,00 € geahndet werden.

## § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird bestätigt, dass der Wortlaut der Verordnung mit dem Ratsbeschluss vom 26. März 2019 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist.
Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
b) diese Ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Beschluss über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gangelt, den 11. Oktober 2019

Gemeinde Gangelt
als örtliche Ordnungsbehörde

Der Bürgermeister

gez. Tholen

(Tholen)

**Nr. 2019-10-07**

**Bekanntmachung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gemeinde Gangelt sowie Entlastungserteilung des Bürgermeisters**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2019 gem. § 96 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1994, S. 666), in der bis zum 31.12.2018 geltenden Fassung, den vom Rechnungsprüfungsausschuss unter Zuhilfenahme der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2018 festgestellt und dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung erteilt.

**Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat unter Zuhilfenahme der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Haushaltsjahr 2018 geprüft. Dabei hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss das Prüfergebnis des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes des verantwortlichen Wirtschaftsprüfers zu Eigen gemacht und als sein eigenes Testat übernommen. Die durchgeführte Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt (uneingeschränkter Bestätigungsvermerk gem. § 101 Absatz 3 GO NRW, in der bis zum 31.12.2018 geltenden Fassung).

Es wurde festgestellt, dass

- der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Schulden-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vermittelt,
- der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht,
- die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgesetzte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entsprechen und
- der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Der Jahresabschluss 2018 der Gemeinde Gangelt wurde mit einer Bilanzsumme von 125.347.265,15 € festgestellt. Der Jahresüberschuss in Höhe von 3.119.963,26 € wird der Ausgleichrücklage zugeführt.

**Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters**

Dem Bürgermeister wurde gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW, in der bis zum 31.12.2018 geltenden Fassung, für den festgestellten Jahresabschluss 2018 vorbehaltlos Entlastung erteilt. Dem Beschluss liegt die Bilanz zum 31.12.2018 sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 zugrunde.

**Nr. 2019-10-07**

**Schlussbilanz zum 31.12.2018**

**Aktivseite**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.** | | **Anlagevermögen** | **105.969.027,02** |
| | 1.1 | Immaterielle Vermögensgegenstände | 22.855,03 |
| | 1.2 | Sachanlagen | 98.668.114,91 |
| | 1.3 | Finanzanlagen | 7.278.057,08 |
| **2.** | | **Umlaufvermögen** | **19.207.790,00** |
| | 2.1 | Vorräte | 62.587,25 |
| | 2.2 | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 647.422,07 |
| | 2.3 | Wertpapiere des Umlaufvermögens | 0,00 |
| | 2.4 | Liquide Mittel | 18.497.780,68 |
| **3.** | | **Aktive Rechnungsabgrenzung** | **170.448,13** |
| **Bilanzsumme** | | | **125.347.265,15** |

**Passivseite**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.** | | **Eigenkapital** | **59.822.880,61** |
| | 1.1 | Allgemeine Rücklage | 46.823.311,33 |
| | 1.3 | Ausgleichsrücklage | 9.879.606,02 |
| | 1.4 | Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 3.119.963,26 |
| **2.** | | **Sonderposten** | **55.074.437,84** |
| | 2.1 | für Zuwendungen | 44.337.906,43 |
| | 2.2 | für Beiträge | 6.717.992,61 |
| | 2.3 | für den Gebührenausgleich | 727.624,44 |
| | 2.4 | Sonstige Sonderposten | 3.290.914,36 |
| **3.** | | **Rückstellungen** | **6.866.761,30** |
| | 3.1 | Pensionsrückstellungen | 6.408.467,00 |
| | 3.2 | Rückstellungen für Deponien und Altlasten | 0,00 |
| | 3.3 | Instandhaltungsrückstellungen | 0,00 |
| | 3.4 | Sonstige Rückstellungen | 458.294,30 |
| **4.** | | **Verbindlichkeiten** | **1.661.232,60** |
| | 4.3 | Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liqiuditätssicherung | 181.573,00 |
| | 4.5 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 459.783,00 |
| | 4.6 | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 53.683,42 |
| | 4.7 | Sonstige Verbindlichkeiten | 117.741,93 |
| | 4.8 | Erhaltene Anzahlungen | 848.451,25 |
| **5.** | | **Passive Rechnungsabgrenzung** | **1.921.952,80** |
| **Bilanzsumme** | | | **125.347.265,15** |

**Ergebnisrechnung 2018**

| | | |
|---|---|---|
| | Steuern und ähnliche Abgaben | 15.111.215,88 |
| + | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 5.007.182,26 |
| + | Sonstige Transfererträge | 187.591,61 |
| + | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 3.732.866,25 |
| + | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 625.547,10 |
| + | Kostenerstattungen, Kostenumlagen | 1.390.046,93 |

| | | |
|---|---|---|
| + | Sonstige ordentliche Erträge | 1.742.353,74 |
| + | Aktivierte Eigenleistungen | 21.607,32 |
| + | Bestandsveränderungen | 5,00 |
| = | **Ordentliche Erträge** | **27.818.416,09** |
| - | Personalaufwendungen | 3.983.977,02 |
| - | Versorgungsaufwendungen | 603.767,42 |
| - | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 4.695.255,51 |
| - | Bilanzielle Abschreibungen | 2.971.885,40 |
| - | Transferaufwendungen | 11.050.025,44 |
| - | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 1.717.882,48 |
| = | **Ordentliche Aufwendungen** | **25.022.793,27** |
| = | **Ordentliches Ergebnis** | **2.795.622,82** |
| + | Finanzerträge | 324.340,44 |
| - | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 0,00 |
| = | **Finanzergebnis** | **324.340,44** |
| = | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **3.119.963,26** |
| + | Außerordentliche Erträge | 0,00 |
| - | Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 |
| = | **Außerordentliches Ergebnis** | **0,00** |
| = | **Jahresergebnis** | **3.119.963,26** |
| | **Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage** | |
| | Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen | 67.010,17 |
| | Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen | 77.327,61 |
| | Verrechnungssaldo | **10.317,44** |

**Finanzrechnung 2018**

| | | |
|---|---|---|
| | Steuern und ähnliche Abgaben | 15.011.710,94 |
| + | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 3.355.345,21 |
| + | Sonstige Transfereinzahlungen | 6.018,61 |
| + | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 3.518.992,01 |
| + | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 702.042,10 |
| + | Kostenerstattungen, Kostenumlagen | 1.519.711,54 |
| + | Sonstige Einzahlungen | 1.291.034,22 |
| + | Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 324.340,44 |
| = | **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **25.729.195,07** |
| - | Personalauszahlungen | 3.674.415,58 |
| - | Versorgungsauszahlungen | 574.399,15 |
| - | Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 4.578.950,86 |
| - | Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | 5.585,00 |
| - | Transferauszahlungen | 11.016.077,21 |
| - | Sonstige Auszahlungen | 1.307.601,64 |
| = | **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **21.157.029,44** |
| = | **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **4.572.165,63** |
| + | Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 1.376.420,44 |
| + | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 56.270,90 |
| + | Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten | 160.051,04 |
| + | Sonstige Investitionseinzahlungen | 0,00 |

| | | |
|---|---|---|
| = | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **1.592.742,38** |
| - | Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 127.876,39 |
| **-** | Auszahlungen für Baumaßnahmen | 1.654.555,16 |
| **-** | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | 592.038,48 |
| - | Sonstige Investitionsauszahlungen | 0,00 |
| **=** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **2.374.470,03** |
| **=** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-781.727,65** |
| **=** | **Finanzmittelüberschuss** | **3.790.437,98** |
| + | Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung | 181.573,00 |
| - | Tilgung und Gewährung von Darlehen | 0,00 |
| **=** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | **181.573,00** |
| **=** | **Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln** | **3.972.010,98** |
| + | Anfangsbestand an Finanzmitteln | 14.557.318,31 |
| + | Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln | -31.548,61 |
| = | **Liquide Mittel** | **18.497.780,68** |

**Bekanntmachung**
Der vorstehende Jahresabschluss 2018 der Gemeinde Gangelt einschließlich der Anlagen wird bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Gangelt, Burgstraße 10, 52538 Gangelt, Zimmer 206, während der Dienststunden verfügbar gehalten.

Gangelt, den 28. Oktober 2019
Gemeinde Gangelt
Der Bürgermeister
In Vertretung:
gez. Dahlmanns

**Nr. 2019-10-08**

# Öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Gangelt

Gemäß §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S. 666/SGV.NRW. 2023) in der zur Zeit gültigen Fassung wird nachfolgender Entwurf der Haushaltssatzung 2020 bekannt gegeben und nach erfolgter Zuleitung an den Rat der Gemeinde Gangelt am 30. Oktober 2019 während des Beratungsverfahrens vom 31. Oktober 2019 bis 10. Dezember 2019 im Rathaus der Gemeinde Gangelt, Burgstraße 10, Zimmer 206, 52538 Gangelt, während nachstehender Dienstzeiten zur Einsicht verfügbar gehalten:

| | |
|---|---|
| montags – freitags | von 8.15 Uhr bis 12.30 Uhr, |
| zusätzlich dienstags | von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr und |
| zusätzlich donnerstags | von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr |

Nach vorheriger Terminvereinbarung kann der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen an diesen Tagen auch außerhalb der vorgenannten Dienstzeiten eingesehen werden.

Haushaltssatzung der Gemeinde Gangelt für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666/SGV.NRW.2023) in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Gangelt mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendige Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

| | | |
|---|---|---|
| im | Ergebnisplan mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Erträge auf | 25.396.800 EUR |
| | dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 27.118.300 EUR |
| im | Finanzplan mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 23.483.700 EUR |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 23.969.600 EUR |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf | 3.220.000 EUR |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit | 9.278.000 EUR |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der | |

| | |
|---|---|
| Finanzierungstätigkeit auf | 363.200 EUR |
| dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf | 0 EUR |

festgesetzt.

**§ 2**

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 363.200 EUR festgesetzt.

**§ 3**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 1.185.000 EUR festgesetzt.

**§ 4**

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 1.721.500 EUR festgesetzt.

**§ 5**

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.261.600 EUR festgesetzt.

**§ 6**

Für das Haushaltsjahr 2020 gelten folgende, durch gesonderte Satzung festgesetzte, Steuersätze für die Gemeindesteuern:

| | | |
|---|---|---|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 245 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 440 v.H. |
| 2. | Gewerbesteuer auf | 416 v.H. |

**§ 7**

Die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts entfällt.

**§ 8**

Teilplanübergreifend werden sämtliche Aufwands- und Auszahlungsarten der Kontengruppen 50/70 (Personalaufwendungen/-auszahlungen) und 51/71 (Versorgungsaufwendungen/-auszahlungen) sowie sämtliche Aufwands- und Auszahlungsarten der Kontengruppen 52/72 (Aufwendungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen), 53/73 (Transferaufwendungen/-auszahlungen), 54/74 (sonstige ordentliche Aufwendungen/Auszahlungen), 55/75 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen/-auszahlungen) und 57 (Bilanzielle Abschreibungen) zu jeweils einem Budget verbunden.

Mehrerträge und Mehreinzahlungen der Kontengruppen 40/60 (Steuern und ähnliche Abgaben), 41/61 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen), 42/62 (Sonstige Finanzerträge/-einzahlungen), 44/64 (Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen), 45/65 (Sonstige ordentliche Erträge/Einzahlungen) erhöhen die Ermächtigungen für Aufwendungen bzw. Auszahlungen.

Als geringfügig im Sinne des § 81 Absatz 3 GO NRW gelten Investitionen und Instandsetzungen an Bauten bis zu einem Betrag von 5 v.H. der Gesamtauszahlungen des investiven Finanzplanes des laufenden Haushaltsjahres.

**§ 9**

Es gilt der vom Gemeinderat am heutigen Tage beschlossene Stellenplan.

Gegen den Entwurf können die Einwohner und Abgabepflichtigen in der Zeit vom 11. November 2019 bis einschließlich 25. November 2019 während der oben angegebenen Dienstzeiten oder nach vorheriger Terminabsprache Einwendungen erheben.
Die Einwendungen können schriftlich an den Bürgermeister der Gemeinde Gangelt, Burgstraße 10, 52538 Gangelt, gerichtet werden oder im Rathaus Gangelt, Burgstraße 10, Zimmer 206, 52538 Gangelt, zur Niederschrift erklärt werden.
Über die Einwendungen beschließt der Rat in öffentlicher Sitzung.

Gangelt, den 31. Oktober 2019
Gemeinde Gangelt
Der Bürgermeister
In Vertretung:
gez. Dahlmanns

**Nr. 2019-10-09**

## Satzung

**der Gemeinde Gangelt vom 11.10.2019 über die 17. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Gangelt**

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 1994 (GV. NRW. S. 269), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2018 (GV.NRW. S.759), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I 2012, S. 212ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808, 2833), der §§ 5 ,8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NW) vom 21. Juni 1988, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.04.2017 (GV. NRW. 2017, S. 442 ff.) und der Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV.NRW. 1969, S.712), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV.NRW. S. 90), alle in der jeweils geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Gangelt in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen:

Abschnitt I

Die Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Gangelt vom 27.12.1995 ,zuletzt geändert durch die 16. Änderungssatzung vom 09.10.2018, wird wie folgt geändert:

§ 3 A Buchstaben a ) bis c ) erhalten folgende Fassung:

§ 3 A
Gebührensätze

| | | |
|---|---|---|
| a) Grundgebühr für einen 80 l bzw. 120 l Restmüllbehälter | 65,60 | €/Jahr, |
| b) Grundgebühr für einen 1.100 l Restmüllcontainer | 352,27 | €/Jahr, |
| c) Grundgebühr für eine Abfallgemeinschaft ( § 11 Abs. 2 der Satzung über die Abfallentsorgung) bei 80 l und 120 l Restmüllbehälter jeweils | 62,17 | €/Jahr, |

Abschnitt II

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung über die 17. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gangelt, den 14.10.2019
Gemeinde Gangelt
Der Bürgermeister

gez. Tholen

**Nr. 2019-10-10**

## Satzung

**der Gemeinde Gangelt vom 14. Oktober 2019 über die 10. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung mit Winterdienst) der Gemeinde Gangelt vom 18. Dezember 1986**

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV.NRW.2023), der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV.NRW.610) sowie der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (SGV.NRW.2061), alle in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Gangelt am 10. Oktober 2019 die folgende Satzung beschlossen:

### Abschnitt I

Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 18. Dezember 1986 in der Fassung der 9. Änderungssatzung wird wie folgt geändert:

§ 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung:
„Für die Winterreinigung der Fahrbahnen, die die Gemeinde durchführt, werden Benutzungsgebühren erhoben. Sie betragen je Meter Grundstücksseite (Abs. 1-3)
in Reinigungsklasse W 1 0,30 € und
in Reinigungsklasse W 2 0,15 €.“

### Abschnitt II

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende 10. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Gemeinde Gangelt wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gangelt, den 14. Oktober 2019
gez.
Tholen
Bürgermeister